1968	Ausgegeben zu Bonn am 24. Januar 1968	Nr. 5

Tag	Inhalt	Seite
18. 1. 68	Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes ..... Bundesgesetzbl. III 2121-50-1	93
10. 1. 68	Verordnung zur Änderung der Bekanntmachung über den Kleinhandel mit Garn ..... Bundesgesetzbl. III 43-1-3-2	95
11. 1. 68	Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes	96

Hinweis auf andere Verkündungsblätter	
Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 2	96

Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Vom 18. Januar 1968

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 16. Mai 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 533), zuletzt geändert durch das Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens vom 11. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 604), wird wie folgt geändert:

1. § 34 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. an auf gesetzlicher Grundlage eingerichtete oder im Benehmen mit dem Bundesminister für Gesundheitswesen von der zuständigen Behörde anerkannte zentrale Beschaffungsstellen für Arzneimittel.“

b) In Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die in Absatz 1 Nr. 3 bezeichneten zentralen Beschaffungsstellen dürfen nur anerkannt

werden, wenn nachgewiesen wird, daß sie unter fachlicher Leitung eines Apothekers stehen und geeignete Räume und Einrichtungen zur Prüfung und Lagerung der Arzneimittel vorhanden sind.“

2. § 45 Abs. 1 Nr. 1 wird aufgehoben.

3. § 47 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. zur Abgabe an den Verbraucher im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestimmte Arzneimittel

a) vorrätig hält, feilhält oder in den Verkehr bringt, die den Vorschriften des Deutschen Arzneibuches über Anforderungen an Identität, Gehalt, Reinheit oder Kennzahlen nicht entsprechen, oder

b) entgegen den Vorschriften des Deutschen Arzneibuches herstellt, prüft oder aufbewahrt, soweit die Rechtsverordnung nach § 5 Abs. 5 auf diese Bußgeldvorschrift verweist,“.	Artikel 2 Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.
b) Die bisherigen Nummern 1 bis 5 werden die Nummern 2 bis 6.	Artikel 3 Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Januar 1968

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Der Bundesminister für Gesundheitswesen
Käte Strobel

Verordnung
zur Änderung der Bekanntmachung über den Kleinhandel mit Garn
Vom 10. Januar 1968

Auf Grund des § 11 Abs. 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 499), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 625), in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes wird verordnet:

§ 1

Die Bekanntmachung über den Kleinhandel mit Garn vom 10. April 1918 (Reichsgesetzbl. S. 181) in der Fassung der Verordnung vom 9. November 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2177) wird wie folgt geändert:

§ 7 Abs. 2 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung gilt auch im Land Berlin, sofern sie im Land Berlin in Kraft gesetzt wird.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1968 in Kraft.

Bonn, den 10. Januar 1968

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Dr. Schöllhorn

**Bekanntmachung
zu § 35 des Warenzeichengesetzes**

Vom 11. Januar 1968

Auf Grund des § 35 Abs. 3 Satz 2 des Warenzeichengesetzes in der Fassung vom 2. Januar 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 1, 29) wird gemäß einer Erklärung des Generalregistrars für Warenzeichen der britischen Kronkolonie Hongkong bekanntgemacht:

Deutsche Staatsangehörige, die ein Warenzeichen in der britischen Kronkolonie Hongkong anmelden, brauchen nicht den Nachweis zu erbringen, daß sie für das Zeichen in dem Staat, in dem sich ihre Niederlassung befindet, den Markenschutz nachgesucht und erhalten haben.

Bonn, den 11. Januar 1968

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Heinemann

**Bundesgesetzblatt
Teil II**

Tag	Inhalt	Seite
Nr. 2, ausgegeben am 20. Januar 1968		
16. 1. 68	Gesetz zu dem Abkommen vom 5. Dezember 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	9
11. 1. 68	Vierundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Binnenwasserstraßen	28
	Bundesgesetzbl. III 9502-4	
12. 1. 68	Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1967 (Verlängerung des Handelsabkommens EWG—Iran)	29
30. 11. 67	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	30
10. 1. 68	Bekanntmachung der Änderungen der Artikel 17 und 18 des Übereinkommens über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation	31

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., Köln. — Druck: Bundesdruckerei.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5 %.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je 8,50 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,40 DM gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung. Preis dieser Ausgabe 0,40 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM.